



Frau Außenministerin
Dr. URSULA PLASSNIK

Minoritenplatz 8
1014 Wien

Wien, am 1. Juni 2006

Menschenrechtsverletzungen in Rußland

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Vergangenen Samstag kam es in Moskau zu gewalttätigen Übergriffen durch einen Mob aus rechtsgerichteten Nationalisten, aufgehetzten orthodoxen Gläubigen sowie Neonazis und Skinheads auf Lesben und Schwule, die friedlich für das Recht auf Versammlungsfreiheit demonstrieren wollten. Wie Sie sicherlich den Medien entnommen haben, wurden dabei auch schwule und lesbische AktivistInnen von der Polizei festgenommen, andere – darunter auch der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck – durch den gewalttätigen Mob verletzt.

Zuvor hatte der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow angekündigt, die geplante Lesben- und Schwulenparade nicht zu genehmigen, was er auch tat. Er rechtfertigte seine Entscheidung mit äußerst homophoben Argumenten. Zusätzlich haben religiöse Führer der orthodoxen, der islamischen und der jüdischen Glaubensgemeinschaft die geplante Parade heftig kritisiert und zum Teil sogar zur Gewalt gegen die TeilnehmerInnen aufgerufen. Politik und Kirchen haben durch ihre Hetze ein Klima erzeugt, das in logischer Konsequenz zu diesen Gewalttätigkeiten führen mußte.

Diese unerträgliche Einschränkung des Grundrechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Rußland ist ebenso völlig inakzeptabel wie die beängstigende und folgenlose Minderheitenhetze durch politische und religiöse Führer.

Wir bedauern es sehr, daß Bundeskanzler Wolfgang Schüssel nur einige Tage nach dem Verbot der Moskauer Gay-Pride-Parade und vor diesen Vorkommnissen in

Sotschi mit Präsident Wladimir Putin zusammentraf, ohne offenbar diese eklatante Grundrechtsverletzung anzusprechen. Dabei wäre es wirklich höchste Zeit, daß Europa stärker Druck auf Rußland ausübt und die Menschenrechtsverletzungen und das Schüren homophober und xenophober Gewalt in diesem Land nicht länger schweigend hinnimmt. Wenige Tage vor diesen Ereignissen in Moskau hat Rußland auch turnusgemäß den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats übernommen. Wir wissen, daß diese Funktion Rußland quasi automatisch als Mitgliedsstaat zukommt, dennoch fordern wir die österreichische Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß Rußland von dieser Funktion wieder abgesetzt wird. Immerhin steht die Glaubwürdigkeit des Europarats auf dem Spiel. Und wenn es keine andere Möglichkeit gibt, ist wohl auch eine Suspendierung der Mitgliedschaft Rußlands im Europarat zu überlegen.

Gleichfalls erwarten wir von Österreich als derzeitigem EU-Ratsvorsitzland, Initiativen für entsprechende Demarchen auch im Rahmen der EU zu setzen. Wir schließen uns in diesem Zusammenhang ausdrücklich dem Offenen Brief der niederländischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament Sophie in 't Veld (Kopie liegt bei), der auch an Bundeskanzler Schüssel in Kopie übersandt wurde, an: Die EU muß, statt die Kirchen – wie es Bundeskanzler Schüssel vorschwebt – zu stärken, dafür sorgen, daß der Einfluß der Haßprediger jeglicher Konfession, ob der katholischen, orthodoxen, muslimischen, jüdischen oder einer sonstigen, zurückgedrängt wird. Denn wohin diese Haßpredigten und die religiöse Hetze gegen Minderheiten führen, haben wir leider vergangenen Samstag in Moskau erleben müssen.

In der Erwartung Ihrer geschätzten Informationen darüber, welche Maßnahmen die österreichische Bundesregierung in Hinblick auf die geschilderten Ereignisse zu ergreifen gedenkt, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Mag. Kurt Krickler, Generalsekretär

OFFENER BRIEF DER
NIEDERLÄNDISCHEN ABGEORDNETEN
ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
SOPHIE IN 'T VELD
AN

José Manuel Barroso
President of the European Commission

Brussels, 29 May 2006

Dear Sir,

In view of your meeting with religious leaders tomorrow, I would like to draw your attention to a written question to the Commission tabled today, relating to transparency and balance in the dialogue between the EU and confessional and non denominational organisations.

Furthermore, I would like to draw your attention to a very serious matter that should be raised as an urgent issue at tomorrow's meeting. Last weekend, activists for gay and lesbian rights attempted to hold a peaceful demonstration on the streets of Moscow. The demonstration had been banned, but a handful of activists attempted to walk up to town hall nonetheless. I was amongst the foreign guests supporting the event. You are surely aware of the fact that the demonstrators met with hundreds of opponents, many of whom were violent hooligans, attacking the demonstrators, beating up some of them, shouting nazi slogans and curses at the demonstrators. This was shocking enough in itself, but what was even more shocking was the fact that the hooligans were accompanied supported and it seems in some cases even publicly blessed by Russian Orthodox priests. Even if religious leaders are opposed to gay rights, under no circumstance should they preach or condone violence! We call upon the religious leaders present at your meeting tomorrow to publicly condemn the actions of the priests, and upon the Russian Orthodox church in particular to initiate an investigation into the matter.

The EU has a responsibility in protecting and promoting human rights in all its activities. What more appropriate occasion to condemn violence and prejudice than a meeting with religious leaders.